

V0550/21

**Sicherer Hafen Ingolstadt**

**- Antrag der Stadtratsgruppe Die Linke vom 01.02.2021 -**

**(Referent: Herr Fischer)**

**Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Stiftungen und Familien vom 15.07.2021**

*Der Antrag der Stadtratsgruppe DIE LINKE V0109/21 und der Antrag der Verwaltung V0550/21 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.*

Bürgermeisterin Kleine merkt an, Ziff. 6 des Beschlussvorschlages der Verwaltung getrennt abzustimmen.

Stadträtin Bulling-Schröter verweist darauf, dass die Debatte bereits in der letzten Legislatur geführt worden sei. Nach ihren Worten sollen die Menschen für diese Problematik sensibilisiert werden. Ihr sei sehr wohl bewusst, dass der Bund eine hohe Entscheidungsbefugnis habe. Trotzdem sei es so, dass die Kommune dies dann umsetzen müsse. Ihr gehe es um die Aufnahme der 100 zusätzlichen Flüchtlinge. Auch andere Städte haben sich bereits zur Aufnahme erklärt. Stadträtin Bulling-Schröter finde es sehr lobenswert, dass in Ingolstadt bereits eine Familie aufgenommen wurde. Dies sei seitens des Oberbürgermeisters ein moralisches, ethisches und christliches Zeichen. Die Menschen sollen soweit als möglich unterstützt werden.

Die Zeiten ändern sich und insofern auch die Diskussionen, so Bürgermeisterin Kleine. Sie merkt an, dass Ingolstadt nur eine Familie zugewiesen bekommen habe. Es hätten viel mehr Familien aufgenommen werden können. Festzustellen sei, dass sich die Willkommenskultur in Ingolstadt nun anders darstelle.

Stadträtin Bulling-Schröter weist deutlich darauf hin, dass sie auf die positive Einstellung des Stadtrates, der Bürgermeisterinnen und des Oberbürgermeisters hinweisen möchte.

Nach Worten von Herrn Fischer habe Ingolstadt viele Geflüchtete aufgenommen. Hier sei man bei weitem über der nach der bayerischen DVAsyl für Ingolstadt vorgegebenen Quote. Dies liege daran, weil richtigerweise diese Quote nicht nur die Geflüchteten einbeziehe, die aktuell noch im Asylverfahren seien, sondern auch die, denen bereits ein Bleiberecht zuerkannt wurde. Zumindest in den ersten Jahren, so lange noch eine Wohnsitzauflage bestehe, zählen auch diese bleibeberechtigten Geflüchteten zur Quote. Ingolstadt sei auch in der Vergangenheit bereit gewesen, Geflüchtete aufzunehmen. Die Quote nach der DVAsyl sei ein Mindestschlüssel. Wenn es aber mehr bleibeberechtigte Geflüchtete gebe, die verpflichtet und berechtigt sind ihren Wohnsitz innerhalb Bayerns zu nehmen und eine private Wohnung in Ingolstadt gefunden haben, könne die Quote auch überschritten werden. Die Verwaltung habe außerdem gegenüber dem Städtetag, dem Bund und dem Land erklärt, dass Ingolstadt weiterhin für die Aufnahme von Geflüchteten aus Griechenland oder aus der Seenotrettung zur Verfügung stehe. Herr Fischer meine, dass das was die Stadtverwaltung und die Stadtgesellschaft in den letzten Jahren geleistet habe etwas untergegangen sei.

Deswegen würde er gerne diesen Weg weiter fortsetzen, dass Ingolstadt auch in Zukunft Geflüchteten, welche hier berechtigt ihren Wohnsitz nehmen wollen, aufnehme. Zur Seenotrettung appelliert er an die Bürgergesellschaft diese durch die in der Sitzungsvorlage genannten Organisationen zu unterstützen. Zum Punkt drei des Antrags sei man sich einig. Geflüchtete werden auch über Aufnahmeprogramme aufgenommen. Dies sei meist die einfachere Umsetzung als über ein Asylverfahren. Er glaube aber nicht, dass sich der Bund und das Land nach den Forderungen von Ingolstadt richte. Die Aufnahmeprogramme werden auf Bundes- und Landesebene beschossen. Ingolstadt habe bereits in der Vergangenheit die Bereitschaft erklärt sich auch zukünftig im Rahmen seiner Leistungsfähigkeit daran zu beteiligen. Zur Ziffer vier verweist Herr Fischer darauf, dass Ingolstadt im Vergleich zu den anderen bayerischen Großstädten überdurchschnittlich vielen bleibeberechtigten Geflüchteten eine Perspektive geboten habe. Um dies auch künftig sicherstellen zu können, sei eine Unterscheidung zwischen bleibeberechtigten Geflüchteten und ausreisepflichtigen Ausländern geboten. Das Asyl- und Flüchtlingsrecht sei auf diese Unterscheidung durchaus ausgelegt. Er betont, dass sich die Stadtverwaltung an das geltende Recht halten müsse und ggf. die Ausreisepflicht durchzusetzen sei. Das kommunale Ankommen der Geflüchteten in Ingolstadt sei bereits seit vielen Jahren gewährleistet. Herr Fischer betont, dass bereits jetzt schon vieles von dem getan werde, was die Antragssteller fordern. Ingolstadt sei seit vielen Jahren ein sicherer Ort für Geflüchtete. Ob sich die Stadt zusätzlich zu einem „Sicheren Hafen“ erklären wolle, sei eine politische Entscheidung.

Stadträtin Mayr verweist auf den „Ingolstädter Weg“ aus dem Jahr 2019. Hier sollte eine Arbeitsgruppe auf den Weg gebracht werden. Sie erkundigt sich zum aktuellen Stand.

Herr Fischer informiert zum aktuellen Sachstand der in der vorangegangenen Legislaturperiode des Stadtrates beschlossenen „Sicheren Hilfen“ und verweist dazu auf das Entwicklungshilfeprojekt in Legmoin. Es sei diskutiert worden, ob in einer neuen Kommune in Afrika neu gestartet werden, oder Legmoin weiter Unterstützung finden solle. Die Arbeitsgruppe habe sich mehrheitlich für Legmoin ausgesprochen, da es dort weiterhin Unterstützungsbedarf gebe und die Strukturen bekannt seien. Aufgrund der kommunalpolitischen schwierigen Phase vor der dortigen Kommunalwahl sei das Ganze zurückgestellt worden. Auch im Hinblick auf Corona sei dies nicht mehr weiterverfolgt worden. Herr Fischer sichert eine aktuelle Information als Ergänzung zum Protokoll zu.

Da noch Klärungsbedarf bestehe regt Stadtrat Rehm eine Verweisung in die Fraktionen an.

Bürgermeisterin Kleine verweist darauf, dass der Sozialausschuss ein vorberatender Ausschuss sei. Um den Fraktionen viel Informationen zu geben, regt sie eine umfassende Vorberatung an.

Stadtrat Werner sei mit dem Bundesentwicklungshilfeminister gleicher Meinung - die Fluchtursachen müssen bekämpft werden - Unter diesem Gesichtspunkt sei die Förderung des Projektes in Legmoin absolut unterstützenswert. Ausgesprochen schade finde er allerdings, dass durch die Verwerfung welche dort selbst entstanden ist, dies ins Stocken geraten sei. Seiner Meinung nach gebe es keine Alternative. Die Bekämpfung der Fluchtursachen vor Ort sei keine Sache die von Heute auf Morgen erledigt werden könne. Dazu werde die westliche Welt einen extrem langen Atem haben müssen. Das helfe aber aktuell den Menschen auf dem Mittelmeer nicht. Hierzu bedürfe es einer Perspektive. Stadtrat Werner sehe durchaus, dass in jüngster Vergangenheit in Ingolstadt dafür etwas getan wurde. Dabei verweist er auf die Beschlussvorlage. Eine solche sei vor 15 Monaten

noch undenkbar gewesen. Der entscheidende Punkt der Verwaltungsvorlage sei der Punkt sechs. Ihm sei klar, dass dies nicht mehr als einen deklamatorischen Charakter habe. Dabei verweist er auf die Aussage von Herrn Fischer, dass Ingolstadt die Flüchtlinge zugewiesen werden. Trotzdem sollte man in ganz konkreten Einzelfällen Familien nochmals besonders helfen. Ingolstadt sei in allerbesten Gesellschaft, wenn die Stadt nun zum Sicheren Hafen erklärt werde. Er möchte dies keinesfalls geringschätzen, denn für Stadtrat Werner habe dies große Bedeutung, um das Bewusstsein bei den Menschen zu schärfen. Er appelliert an alle Fraktionen hier Zustimmung zu signalisieren.

Anhand der Vorlage sei ersichtlich, dass sich auch in Ingolstadt die Zeiten ändern, so Stadträtin Krumwiede. Sie finde das klare Bekenntnis zum Sicheren Hafen super. Unpassend finde sie aber die Benennung des Ankerzentrums, denn dies diene der beschleunigten Abschiebung. Das Spendenkonto betreffend sei klar, dass es keine direkte Unterstützung geben könne. Dabei verweist sie auf die Stadt Potsdam, welche in Kooperation mit der Sparkasse eine Lösung gefunden habe. Insofern gehe sie auch von einem Spielraum hinsichtlich dessen in Ingolstadt aus. Mit der Bezeichnung Sicherer Hafen signalisiere Ingolstadt jetzt klar die Bereitschaft aus Seenot gerettete Menschen aufzunehmen. Dies sei auch notwendig. Durch die sich entspannende Corona-Situation steige auch die Zahl der Menschen aus Krisengebieten. Stadträtin Krumwiede verweist auf die Zahlen der Geflüchteten und betont, dass hinter jedem ein Einzelschicksal stehe. Der eigentliche Skandal sei aber, dass die Bundesregierung seit zehn Monaten nicht mehr an der Aufnahme aus seenotgeretteten Geflüchteten beteiligt sei. Ihr sei auch klar, dass es vor allem um die deklaratorische Wirkung gehe, aber dies sei in dieser Zeit einfach bitter notwendig.

Stadträtin Segerer verweist auf die Ablehnung des Antrags vor zwei Jahren. Ihr gehe es um die Patenschaft eines Seenotrettungsschiffs. München habe bereits im Dezember 2019 eine Patenschaft verbunden mit einem Spendenaufruf übernommen. Das Spendenkonto sei nicht bei der Stadt München, sondern über SOS-Meditanere eingerichtet worden. Eine Übernahme einer solchen Patenschaft sei ein wichtiges Signal an die Zivilbevölkerung.

Die CSU-Stadtratsfraktion sichert ihre Zustimmung für die Antragsziffern eins bis fünf zu. Zu Punkt sechst merkt Stadträtin Mader an, dass sich die CSU-Stadtratsfraktion gegen einen Sicheren Hafen ausspreche. Es sollen viel mehr die Hilfen vor Ort gestärkt werden. Die Menschen sollen sich nicht auf den schrecklichen Weg machen und dabei im Meer ertrinken. Es sei klar, dass es schwierig sei die Menschen davon abzuhalten. Insofern sei es ganz wichtig, die Hilfen vor Ort zu stärken.

Stadtrat Ettinger merkt an, dass die Ausschussgemeinschaft FDP/JU ihre Zustimmung signalisiere. Den Menschen müsse unabhängig davon wie es weitergehe, Hilfe angeboten werden.

Stadträtin Bulling-Schröter zeigt sich erfreut über das ehrliche Meinungsbild. Die Stadtratsgruppe DIE LINKE werde nicht zu hundert Prozent auf alle Antragspunkte bestehen, sondern ihres Erachtens gehe es hier um das große Ganze. An Herrn Fischer gewandt merkt sie an, dass kein Amt aufgefordert werden solle, irgendwelche Rechte zu brechen, sondern lediglich die Möglichkeiten zu sehen. Manches könne so oder so ausgelegt werden. An die CSU gewandt verweist sie auf die Sozialenzyklika des Papstes, welche diese lesen sollten.

Es sei heute schon deutlich gemacht worden, dass sich Ingolstadt hier humanitär verhalte, so Bürgermeisterin Kleine. Sie würde sich freuen, wenn Ingolstadt ein Sicherer Hafen werden könne.

Der Antrag wird zurück in die Fraktionen und zur Beschlussfassung in den Stadtrat verwiesen.

#### Protokollanmerkung:

#### Anlage zur Niederschrift – Sachstand „Sichere Hilfen“ (Stadtratsbeschluss vom 25.07.2019 zu V0588/19)

Am 17.09.2019 fand die bisher einzige Sitzung der AG Sichere Hilfen statt. Dabei hatte sich die Arbeitsgruppe dazu entschieden, Projekte von “1.000 Schulen für die Welt” und “10.000 Gärten für Afrika” möglichst zusammen durchzuführen. Die Region Legmoin in Burkina Faso wurde auf Grund der bereits vielfältig bestehenden Beziehungen als Zielregion festgelegt.

Da die Situation in Legmoin sich als sehr schwierig darstellte wurden die Mitglieder der AG Sichere Hilfen entsprechend informiert und das Referat IV hat in der Sitzung des früheren Kultur- und Schulausschusses am 05.02.2020 einen Zwischenbericht vorgelegt. Hierbei wurde auf die problematische und unsichere Situation vor Ort verwiesen und die Hoffnung geäußert, dass sich diese mit den örtlichen Kommunalwahlen 2021 (im Herbst) wieder deutlich verbessern würden. Durch die Corona-Krise sind weitere Zusammenarbeiten deutlich erschwert und auch verzögert worden.

Aktuell ist es so, dass sich die allgemeine Lage in Burkina Faso eher verschlimmert hat. Immer häufiger versuchen aus den Nachbarstaaten eindringende (insbesondere islamistische) Kommandos, die innere Lage des Landes zu destabilisieren, indem sie willkürlich Terroranschläge auf Verwaltung, Militär, Polizei, vor allem aber auch auf vollkommen Unbeteiligte unter der Zivilbevölkerung verüben. So wurde vor kurzem ein Dorf nahe der Grenze zu Mali im Nordosten von Burkina Faso überfallen und nahezu die gesamte Dorfgemeinschaft ermordet. Besonders als Nichtafrikaner erkenntliche weiße Personen sehen sich einer ständigen und intensiven Bedrohung ausgesetzt. Reisen von offiziellen Delegationen, zumal von weißen Europäern, sind momentan so gut wie ausgeschlossen, die Sicherheitslage verbietet das derzeit.

Trotzdem laufen die bisher von Ingolstadt angestoßenen Projekte noch immer und es sollen auch noch neue Projekte hinzukommen.

Es ist deshalb geplant, im Oktober eine kleine Delegation aus Legmoin und unserer Partnerstadt Grasse (die bisher bei allen Projekten mitunterstützt hat) nach Ingolstadt einzuladen. In diesem Rahmen solle dann auch mit den Verantwortlichen aus Legmoin geklärt werden, welche zusätzlichen Projekte, auch aus den Sicheren Hilfen, dort derzeit sinnvoll und nachhaltig umgesetzt werden können. Aus den bisherigen Erfahrungen hat sich gezeigt, dass

die Bevölkerung selbst am ehesten weiß, was gebraucht wird, und was auch nachhaltig weitergeführt werden kann.